

Westerwälder Zeitung

Erzähler vom Westerwald

Hachenburger Tageblatt

Amtliches Kreisblatt für den Oberwesterwaldkreis

Marienberg Anzeiger

Druck und Verlag der Buchdruckerei Carl Ebner in Marienberg u. Hachenburg. — Begr. 1848
Hauptredaktionsstelle: Hachenburg Nr. 155, Marienberg Nr. 187. Telegramm-Adresse: Zeitung Hachenburg-Westerwald.

Anzeigen: Die 43 mm breite Millimeterzeile 25 Pfg., die 36 mm breite Millimeterzeile 20 Pfg., die 36 mm breite Millimeterzeile 15 Pfg. Bei Wiederholungen Rabattgewährung. Bei Anzeigen aus dem Oberwesterwaldkreis wird eine besondere Ermäßigung von 10% vom Nettobetrag gewährt.

Montag, den 12. Juli 1920.

72. Jahrgang.

Preussische Landesversammlung.

Berlin, 7. Juli.

Erledigung einiger kleiner Vorlagen und Beratung des Etats.

Dr. v. Richter-Hannover (D. Sp.): In der Landesversammlung ist den Beamten ausdrücklich die Freiheit der politischen Überzeugung gewährleistet, und es ist großer Verfassungsbruch, wenn Finanzminister Lüdemann die Beamten auffordert, sich zur Demokratie und zur Republik zu bekennen. Wir erwarten von der Landesversammlung, daß sie den ungeheuerlichen Schikanen der Regierung gegen die Abstimmungsberechtigten energisch und erfolgreich entgegentritt. Hoffentlich kommen wir recht bald wieder einmal zu einer rechtzeitigen Erledigung des normalen Etats. (Lebhafter Beifall rechts.)

Ministerpräsident Braun: Ich hoffe und ich bin überzeugt, daß sich die Ost- und Westpreußen durch ihre polnische Behandlung nicht davon abhalten lassen, ihre Pflicht zur Verteidigung des Deutschtums zu erfüllen. Es ist erfreulich, daß die Deutschnationalen nach den Versicherungen des Redners die Arbeiter jetzt anders sehen wollen, als es früher bei ihnen üblich war. Diese Auffassung scheint in Pommern noch nicht durchgedrungen zu sein. Dort steht man noch auf dem Standpunkt, mit meiner Anweisung, den 1. Mai Arbeitstag zu befehlen, habe ich keineswegs gegen den Beschluß des Hauses verstoßen.

Minister des Innern Severing: Zunächst gebe ich dem Wünsche Ausdruck, daß die Ostpreußen sich am Sonntag als wahre Patrioten erweisen werden. Ich beschwerte mich über die Einwanderung; aber die Einwanderer sind doch auch Europäer, und nach dem Friedensvertrag müssen wir diese Einwanderer ebenso behandeln, wie andere. Wir können sie aus den Wohnstätten nicht hinauswerfen. Solange die heutige Parteikonstellation besteht, wird in Preußen die bisherige Politik bestehen. Mir wird vorgeworfen, daß ich bei der Anstellung von Beamten die Parteiparteiinteressen voranstelle. Das ist aber die Folge der Unterlassungen früherer Zeiten.

Die Sicherheitspolizei: keine militärische Truppe, sondern sie hat nur die Aufgabe, gegen Ruhestörungen von rechts und von links einzuschreiten. Unzuverlässige Männer werden von ihren Ämtern entfernt werden, unbekümmert darum, was von rechts oder links dazu gesagt wird. (Bravo.)

H. Goll (Dem.): Die Klagen über die Ostjuden haben keinen Antisemitismus gar nichts zu tun; denn sie richten sich gegen die unerwünschten Elemente, die nicht ehrlicher und zugänglicher sind. Ihre Unterbringung steigert die Wohnungsnot und schädigt also das deutsche Volk doppelt. Der Gesichtspunkt der Hebung der Produktion und der Verbilligung der Lebensbedürfnisse muß ausmachend sein. Die Einführung des Achtstundentages führt nur zu einer wahnwitzigen Verteuerung der Lebensmittel und zwar gerade der Kreise, die auf eine billige Nahrung angewiesen sind. Die Regierung soll sich auf ihrem bisherigen Wege nicht abdrängen lassen, und die Energie entwickeln, die für die Leitung eines Staatswesens nötig ist. (Beifall.)

Finanzminister Lüdemann: Die Regierung hat sich vorgenommen, im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen, als sie die beiden Beamten in den einstweiligen Ruhestand versetzte. Politische Motive spielen dabei gar keine Rolle. Die beiden Herren sind lediglich aus Gründen der Disziplin und der Geschäftsführung im Ministerium entlassen worden. Nennen Sie mir nur einen einzigen Fall, wo unter dem früheren System ein konsequenter Minister „zufällig“ in seinem unpolitisch zu verurteilenden Beamtenapparat einen sozialdemokratischen Beamten in dieser Stellung etwa als Unterstaatssekretär, gebildet hätte. (Heiterkeit und Zustimmung l.) Das Programm der Ersparnisse vorzulegen, ist schwer, wenn man gleichzeitig daran die Bedingung knüpft, daß die Beamten wissenschaftlicher Art von Ersparnissen ausgeschlossen sein sollen. Als Finanzminister kann ich das nicht zulassen. Am den Preussischen Beamten die Bedingungszulagen zu sichern, die der Reichsfinanzminister sich aus abgelehnt hat, habe ich mich vom preuß. Finanzministerium ermächtigen lassen, im Reichsrat den Antrag einzubringen, die Befehlszulage den preuß. Beamten aus Reichsmitteln zu gewähren.

Abg. Klingmann (D. Nt.): Die allgemeine Abhängigkeit Preußens vom Reich ist im Etat erkennbar. Was Preußen zu tun bleibt, ist Kulturarbeit, die Erhaltung von Preußens Eigenart. (Zustimmung rechts.)

Abg. Heilmann (Soz.): Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist die Verlängerung der Arbeitszeit das geeignetste Mittel. Durch die Bekämpfung der 40.000 eingewanderten Ostjuden bessert man nicht die Wohnungsnot noch viel weniger die Ernährungslage eines Sechzigmillionenvolkes. Die rechtsagitarische Theorie, daß der Feind im Lande stehe, hat zur Folge gehabt, daß die Unabhängigen die Macht haben im eigenen Lande heftiger bekämpfen als die der feindlichen Länder. Dieses hat zur Folge, daß der Kapitalist des Inlandes mehr gehaßt wird als der Kapitalist des Auslandes, daß Heine und Roske mehr gehaßt werden, als Clemenceau und Foch. (Lebhafter Beifall.) Wir richten unser Wort an die Abstimmungsberechtigten in der Hoffnung, daß sie ihre Pflicht erfüllen in der Sicherung einer besseren Zukunft für unser Land und unser freies Volk. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Fortsetzung der Beratung wurde auf Donnerstag 12 Uhr mittags vertagt.

Berlin, 8. Juli.

Die preussische Landesversammlung beendete heute die erste Beratung des Etats. Der Unabhängige Labwedt erregte einen Entrüstungssturm im ganzen Hause, als er der Reichsregierung und den deutschen Unterhändlern in Spa Unwahrhaftigkeit bei der Behandlung der Entwaffnungsfrage vorwarf. Der Abgeordnete Stendel von der Deutschen Volkspartei nahm Anstoß an einem Artikel des Kultusministers Hänisch in einem Berliner Blatt, worin die Warburger Zeitfreiwilligen feige Meuchelmörder genannt wurden. Kultusminister Hänisch hielt diese Charakterisierung der Warburger Zeitfreiwilligen voll aufrecht. Dagegen protestierte wiederum der Zentrumsabgeordnete Springer in schärfster Form.

Handelsminister Fischbeck wandte sich gegen die Vorwürfe, die man der Regierung wegen der Ernennung von Mitgliedern zum Reichswirtschaftsrat gemacht hatte. Die preussische Regierung habe sich ursprünglich für eine regionale Vertretung von Handel und Industrie ausgesprochen, sei aber damit nicht durchgedrungen. Das Ergebnis der Wahlen habe dann gezeigt, daß von 310 Mitgliedern von Handel und Industrie 212 Preußen, davon 110 aus Groß-Berlin seien. Man müßte also bei Ernennungen durch den Reichsrat nach Möglichkeit den süddeutschen Staaten entgegenkommen, und nur für 2 Sitze habe Preußen auf einer Vertretung bestanden, nämlich für das besetzte rheinische Gebiet und für Schlesien.

Der Etat ging schließlich an den Haushaltsauschuß. Einem Sonderauschuß von 29 Mitgliedern überdiesen wurde der Gesetzentwurf über den Mittellandkanal.

Weitere Vorlagen wurde ohne wesentliche Erörterungen erledigt, darunter das Gesetz über die Neuregelung der Verfassung der evangelischen Landeskirche in den älteren preussischen Provinzen, in welchem die Gesetze über die Kirchengemeindevahlen, über eine außerordentliche Kirchenversammlung zur Festsetzung der neuen Kirchenverfassung und über die Ausübung des Kirchenregiments ihre staatsgesetzliche Bestätigung erhalten.

Nach Behandlung des demokratischen Antrages zur Unterstützung der Universität Frankfurt vertagte sich das Haus auf den 15. September. In der Verhandlungspause sollen die Ausschüsse weiter tagen.

Weltbühne.

Die Bedingungen von Spa.

Spa, 8. Juli. Die heutige Sitzung der Konferenz wurde heute nachmittag 3.30 Uhr im Schlosse de la Traineuse eröffnet. Lloyd George überreichte als Ergebnis der Beratung der Alliierten eine Erklärung mit folgendem Wortlaut:

Unter der Bedingung daß Deutschland

a) sofort zur Entwaffnung der Einwohnerwehren und der Sicherheitspolizei schreitet,
b) eine Bekanntmachung veröffentlicht, in der die sofortige Ablieferung aller Waffen gefordert wird, die in den Händen der Zivilbevölkerung sind und welche im Falle der Zuwiderhandlung wirksame Strafen vorsieht, (im Falle daß die Befugnisse, die die Re-

gierung kraft Gesetzes hat, nach dieser Richtung hin ungenügend sein sollten, müssen unverzüglich gesetzgeberische Maßnahmen geschaffen werden, die die Befugnisse der vollziehenden Gewalt auf diesem Gebiet verstärkt).

c) sofort alle Maßnahmen in Angriff nimmt und ergreift, die notwendig sind, um die allgemeine Wehrpflicht abzuschaffen und um das Heer auf der Grundlage der langfristigen Dienstzeit aufzubauen, so wie es im Friedensvertrag vorgesehen ist;

d) den Alliierten alle in ihrem Besitz befindlichen Waffen und alles Kriegsmaterial, das über die im Vertrag zugelassene Menge hinausgeht, zum Zwecke der Zerstörung ausliefert und den Alliierten bei der Zerstörung beihilft;

e) die Anwendung derjenigen Bestimmungen des Friedensvertrages über die Seemacht wie über die Luftfahrt sicherstellt, die noch keine Ausführung gefunden haben,

erklären sich die Alliierten damit einverstanden,

1. Die Frist, die für die Verminderung der Streitkräfte der Reichswehr vorgesehen ist, bis zum 1. Oktober zu verlängern. Zu diesem Zeitpunkt muß das Heer auf 150.000 Mann beschränkt sein und höchstens 10 Reichswehrbrigaden umfassen. Die Alliierten erklären sich weiter mit einer zweiten am 1. Januar 1921 ablaufenden Frist einverstanden. Zu diesem Zeitpunkt muß die Ermäßigung der Streitkräfte auf 100.000 Mann genau in der Zusammenfassung und der Organisation, wie im Friedensvertrag vorgesehen, vollendet sein.

2. Die deutsche Regierung zu ermächtigen, in der neutralen Zone bis zum 1. Oktober diejenigen Streitkräfte zu unterhalten, deren Zahl der internationalisierte militärische Überwachungsaußschuß ihr bekanntgeben wird, um an der Sammlung der Waffen teilzunehmen.

3. alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Waffenschmuggel aus dem besetzten Gebiet nach anderen Teilen Deutschlands zu verhindern.

Wenn zu irgendeinem Zeitpunkt vor dem 1. Januar 1921 die alliierten Überwachungsaußschüsse in Deutschland feststellen, daß die Bedingungen der gegenwärtigen Vereinbarung nicht lokal ausgeführt werden, z. B. wenn am 1. September die vorgesehenen Verwaltungs- und gesetzgeberischen Maßnahmen nicht ergriffen sind, nicht in weitgehendem Maße veröffentlicht worden sind, wenn die Zerstörung und Auslieferung des Kriegsgeräts nicht normal ihren Fortgang nehmen, wenn am 1. Oktober das deutsche Heer nicht auf eine Ziffer von 150.000 Mann beschränkt ist und höchstens 10 Reichswehrbrigaden umfaßt, werden die Alliierten zur Befestigung eines Teils des deutschen Gebiets schreiten, sei es das Ruhrgebiet, sei es jeden anderen Gebiets, und werden dieses Gebiet erst an dem Tage räumen, wenn alle Bedingungen der gegenwärtigen Vereinbarungen restlos erfüllt werden.

Minister Dr. Simons erklärte, daß eine so bedingte Fristverlängerung eine einseitige Auflage der Entente darstellen würde, nicht ein Abkommen unter den verhandelnden Parteien.

Lloyd George entgegnete, daß die Alliierten darauf bestanden, daß wir das Protokoll für diese Abmachungen annehmen. Demgegenüber erklärte Minister Dr. Simons, daß wir das nicht tun könnten, ohne vorher eingehend über die Angelegenheit beraten zu haben.

Die Konferenz wurde darauf um 5 Uhr nachmittags auf Freitag mittag 11 Uhr vertagt.

Spa, 8. Juli. Sofort nach der Rückkehr von der Konferenz traten die Mitglieder der deutschen Delegation zu einer Besprechung zusammen. Daron anschließend fand eine Kabinettsitzung statt, die über eine Stunde währte. Die Regierung hat sich sofort mit den in Berlin weilenden Mitgliedern des Kabinetts, mit dem Reichspräsidenten, den Führern der politischen Parteien und mit dem Reichsrat in Verbindung gesetzt.

Spa, 9. Juli. Wie der Vertreter des Wolffs Büros erfährt, ist die deutsche Regierung einstimmig zu dem Entschluß gekommen, die von der Entente in der gestrigen Konferenz gestellten Bedingungen in der Frage der Entwaffnung und in der Herabsetzung der Heeresstärke anzunehmen. Die vorgesehenen Strafbestimmungen bei Nichterfüllung dieser Bedingungen seien jedoch eine Abänderung des Versailler Friedensvertrages, zu deren Unterzeichnung die deutsche Regierung der vorherigen

Zustimmung der entscheidenden Faktoren des Reichs bedürfte. Man hofft, daß in der heutigen Sitzung der Konferenz eine Formel gefunden wird, welche diesen Bedenken der deutschen Regierung Rechnung trägt.

Spa, 9. Juli. Die Deutschen haben das von den Alliierten vorgeschlagene Abkommen um 11.15 Uhr unterzeichnet, nachdem sie erklärt hatten, daß keine Bestimmung des Friedensvertrages von Versailles sie zwingt, neue Gebietsbesetzungen sich gefallen zu lassen, es sei denn im Falle der Nichterfüllung der Wiedergutmachungen.

Paris, 9. Juli. Der Spezialkorrespondent der „Information“ telegraphiert aus Spa, daß im Augenblick die Deutsche Delegation dabei ist, in der Villa la Fraineuse das Protokoll zu unterzeichnen, das ihnen gestern in der Entwaffnungsfrage übergeben worden ist. Die deutsche Delegation diskutierte nur noch einige Fragen der Modalitäten der Prozedur, die bei der Entwaffnung vorzunehmen ist, und protestierte sehr heftig gegen die Drohung einer Besetzung des Ruhrgebiets. Es sei hervorgehoben, daß der Justizminister und Vizekanzler Dr. Heine und der Reichswirtschaftsminister Scholz, beide Mitglieder der Deutschen Volkspartei, ihre Meinung dahin abgegeben haben, daß d. Protokoll unterzeichnet werden müsse, und zwar nach einer in der Nacht telegraphisch eingegangenen Mitteilung ihres Parteichefs. Das Abkommen von Spa sei also für den Augenblick vollständig und auch im deutschen Kabinett herrsche in dieser Frage eine Übereinstimmung, aber die Möglichkeit einer deutschen Kabinettskrise nach diesem Gewaltakt, den man dem Ministerium zugemutet hat, bleibe offen.

Schwere Lebensmittelunruhen in Karlsruhe.

Karlsruhe, 7. Juli. Heute fanden hier abermals schwere Lebensmittelunruhen statt, bei denen es zu blutigen Zusammenstößen zwischen der Sicherheitspolizei und der erregten Volksmenge kam. Vor dem Abschnittskommando in der Hans Thomastraße wurde zwischen drei und vier Uhr nachmittags Sicherheitspolizei von der Volksmenge umzingelt, wobei versucht wurde den Beamten die Waffe zu entreißen. Die Beamten setzten sich mit dem Kolben ihres Karabiners zur Wehr. Als a. d. Menge geschossen wurde, machte die Sicherheitspolizei von ihrer Waffe Gebrauch. Ein zur Hilfe herbeieilendes Panzerauto gab mit einem Maschinengewehr Streufeuer auf die Menge ab, wurde aber selbst von allen Seiten beschossen. Hierbei wurden eine Frau getötet und mehrere zum Teil schwer verletzt. Vom Metallarbeiterverband wurden Verhandlungen zur Einstellung des Kampfes mit der Sicherheitspolizei eingeleitet, worauf vorläufig Ruhe eintrat. Trotzdem sammelten sich gegen 5 Uhr neue Menschenmassen vor dem Abschnittskommando an und es sind leider weitere Zusammenstöße zu befürchten.

Das Ergebnis der dänischen Reichstagswahlen.

Kopenhagen, 7. Juli. Wie der Telegraphen-Union berichtet wird, erhielten bei den gestrigen dän. Reichstagswahlen nach den bisherigen vorliegenden Ergebnissen die Bauern-Linke 51 Sitze (Gewinn 3), die Sozialdemokraten 42 (Gewinn 0), die Konservat. Volkspartei 26 (Verlust 2), die radikale Linke 16 (Verlust 1), die Erwerbspartei vier Sitze. Abgesehen von dem in der Presse geführten Wahlkampf verliefen die Wahlen äußerst still.

Heimatsdienst.

Hachenburg, 12. Juli.

— Eine schwere Betrüblichkeit, die sich über den ganzen Samstag erstreckte, erlitt unsere Segerei und Druckerei durch Abstellung des elektrischen Stromes

durch die Stadt infolge Leitungsarbeiten. Daher war es uns erst in der Nacht vom Samstag auf Sonntag möglich, die Samstagsnummer zu drucken. Auch das Montagblatt kann auch diesem Grunde nicht rechtzeitig zum Versand kommen. Wir hoffen mit unseren Lesern, daß sich eine unseren ganzen Betrieb so schwer treffende Maßnahme nicht wiederholen möge.

— Neue Bilderreihe. In dem Schaukasten an unserem Geschäftshause in Hachenburg sind folgende Aufnahmen neu ausgestellt: Laurent, der erste franz. Botschafter seit 1914 im Palais des Reichspräsidenten, dem Laurent sein Beglaubigungsschreiben überbringt. — Amerikanische Stiefelmode. Amerikanische Damen in imitierten holländischen Holzschuhen. — Alte und neue Zeit. Kanadische Indianer sehen zum ersten Male ein amerikanisches Postflugzeug.

— Justizdienst. Justizobersekretär Wagner ist zum 1. 8. an das Amtsgericht in St. Goarshausen versetzt.

— Schöffengerichtssitzung vom 7. Juni. Eine Anzahl Landwirte von Mudenbach und Berod ist beschuldigt, die Geburt von Kälbern nicht binnen 24 Stunden angemeldet zu haben. Sie machen geltend, daß es teils totgeborene teils bald nach der Geburt verendete Kälber gewesen seien. Das Gericht erkannte auf je 10 M. Geldstrafe, da auch diese Kälber anzumelden waren. — Die Ehefrau B. von Wahlrod hatte ein Paket an Verwandte nach Frankfurt schicken wollen, das auf dem Postamt hier beschlagnahmt wurde, da es Mehl und Butter enthielt. Mit Rücksicht darauf, daß die Verwandten in Frankfurt krank waren, kommt sie mit 10 Mark davon. — Ein Landwirt von Kirburg hat eine Kuh an einen Unbekannten verkauft. Er gibt an in Not ge handelt zu haben und erhält 100 Mark Geldstrafe. — Ein Modelltischler aus dem Kreise Siegburg hat versucht, zweieinhalb Zentner Kartoffeln aus dem Oberwesterwaldkreis auszuführen. Die Kartoffeln wurden in Begdorf beschlagnahmt. Er erhielt 10 Mark Geldstrafe. — Ein Landwirt v. Altstadt hat versucht, dreieinhalb Pfund Butter auszuführen, die beim hiesigen Postamt beschlagnahmt wurden. Er kommt mit 10 Mark Geldstrafe davon. — Ein Metzger v. Rofbach hat 2 Kälber ohne Erlaubnis gekauft u. geschlachtet, das Fleisch hat er an einen Fabrikarbeiter v. Barmen verkauft, und versucht es dorthin zu schaffen. Das Fleisch wurde in Begdorf beschlagnahmt. Für diese Vergehen erhielt der Metzger 400 M. Geldstrafe, der Fabrikarbeiter 50 Mark. — Eine Privatklage zwischen feindlichen Verwandten von Linden endete mit der Verteilung d. Angeklagten zu 30 M. Geldstrafe.

— Der Imkerverein für Hachenburg und Umgegend e. V. hielt am Sonntag, den 4. d. M. in Höchstebach seine Monatsversammlung ab. Dem Vereine gehören gegenwärtig 34 Imker als Mitglieder an, eine erfreulich hohe Zahl in Anbetracht des erst halbjährigen Bestehens des Vereins. Die Mitglieder Lehrer Engel und Schlosser hatten ihren Bienenstand bereitwillig zur Verfügung gestellt, an dem in praktischer Vorführung gezeigt wurde, wie auf einfachste Art die Vermehrung der Völker geschehen kann. Dieser Übung folgten die zahlreich erschienenen Mitglieder mit gespannter Aufmerksamkeit. Vom Vorsitzenden Aug. Schütz, Hachenburg wurde mitgeteilt, daß Schritte unternommen worden seien zum Abschlag des Honigs nach Wiesbaden und Bad Homburg, sodaß den Mitgliedern ein angemessener Preis für ihren Uberschuß aus der diesjährigen Honigernte zuteil werden wird. Weiter wurden noch Erfahrungen in der Imkerei gegenseitig ausgetauscht und beschlossen, die nächste Vereinsversammlung am ersten Sonntag im August in der Westendhalle in Hachenburg abzuhalten.

— Nassauischer Handwerkertag. Ende Juli oder Anfang August wird in Limburg an d. Lahn ein

nassauischer Handwerkertag stattfinden, zu dem Vorstand des Handwerkerverbands schon jetzt eingeladen, Handwerkervereine und Fachvereinigungen alle selbständigen Handwerker einlädt.

— Die Neuen Paßgebühren. Durch den des Ministers des Innern sind jetzt die Paßgebühren vermerksgebühren folgendermaßen festgesetzt: Auslandspässe 25 Mk. für Inlandspässe 15 Mk. Inlandspässe im Verkehr mit dem besetzten Gebiet, mit den Absteuungsgebieten und mit den 5 Mk. für einfache Ausreisebescheinigungen für Dauereisen 30 Mk. Dazu kommen in allen noch 3 Mk. an Stempelpaßgebühren.

— Strenge Kontrolle auf der Eisenbahn. Gegenwärtig wird auf der Eisenbahn auf die Aufmerksamkeit auf die Durchführung der Verordnungen. Wer mit brennender Zigarette in einem Nichtraucherabteil betroffen wird, muß gewöhnlich 20 Mark Strafe bezahlen. Die Zugführer üben auch auf den Nebenstrecke ihren Dienst aus.

— Verbesserung des Spielplans. Klassenlotterie. Die Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie hat mit Beginn der 16. (242.) Ziehung 1. Klasse am 13. und 14. Juli das Glück gefunden, durch Vermehrung einer sehr großen Anzahl besserer Gewinne, eine gründliche und zielbewußte Gestaltung erfahren. Besonders wirkungsvoll ist die derart, daß in den vier Vorklassen jetzt die Hauptgewinne je 100,000 Mark betragen, während die fünfte Schlussklasse eine bedeutende Vermehrung fast aller Gewinne bringt. Die Prämien von bisher 300,000 sind auf 500,000 Mark erhöht worden, wodurch planmäßig gegebene Möglichkeit bietet, im Falle: 2 Hauptgewinne zu je einer Million Mark zu gewinnen. Ferner sind neben den beibehaltenen 2 Gewinn von je 500,000 Mark anstelle der von 150,000 Mark 2 Hauptgewinne von je 300,000 eingefügt worden. Die Aussicht auf ein nennenswertes Gewinn erhöht sich hiernach für jeden einzelnen Spieler beträchtlich, da die Gesamtzahl der Lose dieselbe schon seit längerer Zeit erstrebten Verbesserungen natürlich nur durch eine Erhöhung des Lospreises zu

— Gemeindeweiser Blitzschutz. Alle Kirchen über Blitzschäden zeigen, daß das flache Land meistens dem Blitzschlag ausgesetzt ist. Wir haben aber einen Überfluß an Nahrungsmitteln und sonstigen Produkten. Es müssen daher alle Mittel ergriffen werden, zur Erhaltung unserer notwendigen Bestandteile beizutragen. In diesem Sinne ist es dringend zu empfehlen, daß sich jeder ländliche Anwesenbesitzer, der nach Blitzableiter hat bestrebt, diesem Mangel abhelfen empfiehlt sich aber auch, bestehende Blitzableiter in größeren Zeitabständen nachsehen zu lassen, noch genügend im Stand sind. Sehr zu empfehlen ist ferner der sog. gemeindeweise Blitzschutz. Es sollen Bewohner einer Ortschaft zusammen, um eine gemeinsame Blitzschutzanlage für die Ortschaft herzustellen. Damit kann natürlich eine Verbilligung des Blitzschutzes erzielt werden.

— Marienberg, 9. Juli. Herrn Justiz-Oberwalzer ist zum 1. August an das Landgericht versetzt worden.

— Erbach, 7. Juli. Am 4. Juli beim Bezirks-Turnen in Wilsenroth erzielte der Turnverein bei starker Konkurrenz schöne Erfolge. Im Einzel erreichte der Turnwart Eduard Schütz mit 134 Punkten 1. Preis. Es erhielten noch weitere Preise: Herr Karl Schütz, Adolf Kuhn, Hermann Kuhn, Groß und Willi Berner. Die entfallende Musterung

Die Geschichte der Assaneth.

(„Unkanonische Bücher des Alten Testaments“ aus armenischen Handschriften des Klosters San Lazzaro zu Venedig ins Englische überf. von Dr. Jacob Issaverdens.)

Deutsch von Richard Grunowsky.

1) Nachdruck verboten.
Ludwig Hevesi schreibt in sei. em Buche „Ewige Stadt, ewiges Land“ über seinen Besuch im Lazaruskloster: „Ich erwartete natürlich eine Menge Drucksachen über armenische Dinge. Byronische Gedichte mit armenischer Uebersetzung, Lokalgeschichtliches, Schriften über armenische Geschichte und Religion. Sie haben da einen gelehrten Priester Dr. Jakob Issaverdens, der mancher unheiligen Sprache kundig ist und schon eine lange Reihe von Büchern geschrieben hat. Sein neuestes Werk ist eine Sammlung Apokryphen des Alten Testaments, aus armenischen Handschriften des Klosters ins Englische überf. und in der Klosterdruckerei gedruckt. Ich konnte nicht umhin, darin zu blättern, zu lesen. Der Schatten der berühmten großen Feder fiel auf die bedruckten Blätter, und dazwischen die sili Refleze der dicht blühenden Glorien. Die roten Bengalkroten dufteten und die chinesische Rose kletterte mir fast auf die Schultern. Ist es erlaubt, in einem solchen Garten zu lesen? Es wäre ein Verbrechen, wenn das Buch ein andres wäre. Aber diese Bibel, die keine ist, paßt so außerordentlich zu Magnolien und Oleandern. Nichtkanonische Geschichten aus uralter Jehovazeit, verworfen von den Vätern aller Kirchen, romantische Randglossen zum Pentateuch. Das darf man auch im Garten der Armenier lesen, die Marienfonne wird darum ihr Antlitz nicht verhüllen. — — — Ueberhaupt sind in diesen Apokryphen die heiligen Geschichten systematisch ins Befriedigende

gewendet. Die interessanten Situationen sind mit vielen Einzelheiten ausgemalt, die Toiletten gezeichnet, das Publikum wird so recht unterhalten, und zum Schlusse hat der Gestrenge im Himmel ein Einsehen und läßt sich beglücken. Bibel für die Märchenerzähler; für die Leihbibliothek, würde man heute sagen.“

Aus der Vorrede.

Im Jahre 1896 veröffentlichte die armenische Druckerei von San Lazzaro zu Venedig eine kleine Sammlung unkanonischer Schriften des Alten Testaments aus den armenischen Handschriften der Bücherei des Mechitaristen-Klosters.

Schriften solcher Art werden zwar durch die Kirche nicht anerkannt, weil die Uebersetzung ihnen kein Anrecht zuspricht, als durch Eingebung geschrieben angesehen zu werden, und sie sind daher als von geringer Bedeutung denn die kanonischen Schriften zu betrachten. Trotzdem sind sie für Leute, die sich mit biblischen Forschungen und Fragen beschäftigen, zweifellos lesenswert.

Von dem oben erwähnten armenischen Wortlaut gab Issaverdens im Jahre 1901 eine getreue Uebersetzung ins Englische heraus. Darin findet sich auch die Geschichte der Assaneth, die aus sechs verschiedenen Handschriften zusammengestellt ist. Von ihrem Verfasser nimmt man an, daß er ein Jude war, und seine Absicht war offenbar, zu zeigen einmal die Ueberlegenheit des jüdischen Glaubens über den der Ägypter und dann den großen Einfluß der Juden auf Ägypten während Josefs Zeit. Der Zeitpunkt ihrer Niederschrift dürfte zwischen dem Ende des ersten u. dem Beginn des zweiten Jahrhunderts liegen.

Ohne Zweifel hat orientalische Einbildungskraft, die überall auf Wundergeschichten aus ist, in der Geschichte der Assaneth einen freien Spielraum. Gewiß ist auch sie aus lockeren jüdischen Uebersetzungen zusammengetragen, aber in Bezug auf die Einheitlichkeit der Erzählung ist sie sicher eine der schönsten. Noch eine andere wunderbare

Erzählung über die Heldin unserer Geschichte wird Sie möge hier als Einleitung stehen.

Am der Schande willen, die der Dina, der Leas, widerfahren war, schlugen Simeon und seine ganze Haus Sichems mit der Schärfe des Schwertes ritten sein ganzes Volk aus, denn sie hatten gehofft, es solle jenen kein Erbe übrig bleiben. Dina floh in die Wüste, wo ihr ein Kind geboren wurde, hüllte es in Windeln und setzte sich weinend unter einen Baum. Als bald stieg ein Adler herab, der Ägypten gehalten und aus den Opfern Dns, den der Ägypter, gefüttert werden, erhaschte das Dina's Augen, führte es nach Ägypten und legte es den Altar des Gottes Dn.

Als der Priester Potiphar (den man nicht mit phar, dem Kämmerer Pharaos und Herr Joseph wechseln darf) nach seiner Wohnzeit in den Tempel um zu opfern, sah er das Wunder, eilte bestürzt zu Weibe und berichtete, wie er die Türen des Tempels geschlossen und ein Kind auf dem Altare liegend habe. Da lief das Weib mit ihm in den Tempel, als sie die Tür öffnete, siehe, da lag das Kind auf dem Altar, und ein Adler mit ausgebreiteten Schwingen wachte darüber.

Die Priesterin, Potiphars Weib, war sehr schön, sie hatte kein Kind; sie nahm es daher an sich und gab ihm eine Amme.

Als das Kind zur Jungfrau erwachsen war, Potiphar ihr einen herrlichen Palast, darin zu wohnen und bestellte ihr Dienerinnen. Weil aber das Kind ihrer Schönheit weithin erscholl, egerichten viele mächtiger Fürsten sie zum Weibe. Jedoch Joseph war ihr Name, verschmähte sie alle, denn sie war Josefs Weib bestimmt, wie auch es geschah, als Joseph Herr war über ganz Ägyptenland.

* The uncanonical writings of the Old Testament found in the Armenian Mss. of the library of St. Lazarus. Translated into English by Rev. Dr. Jacob Issaverdens. Venice, Armenian Monastery of St. Lazarus, 1901.

